Frage zu Projekt:

Links-Rechts-Skala & Einkommensunterschiede (PAWCER-Projekt)

Thema der Frage:

Politik/ Einstellungen, Bewertungen & Ideologien

Konstrukt:

Einstellung zu Umverteilung

Fragetext:

Bitte schauen Sie jetzt auf diese Liste und sagen Sie mir, wie sehr Sie der folgenden Aussage zustimmen oder wie sehr Sie diese ablehnen.
Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um Einkommensunterschiede zu verringern.

Antwortkategorien:

Stimme stark zu
Stimme zu
Weder noch
Lehne ab
Lehne stark ab
Weiß nicht
Keine Angabe

Eingesetzte kognitive Technik/en:

General Probing, Specific Probing, Emergent Probing.

Befund zur Frage:

Die Mehrzahl der Testpersonen gibt an, dass sie der Aussage stark zustimmen (TP 04, 07, 11) oder zustimmen (TP 01, 02, 05, 08). Zwei Testpersonen lehnen die Aussage ab (TP 09, 12) und eine Testperson lehnt sie stark ab (TP 03). Keine Testperson wählt die Antwort "weder noch".

Testpersonen, die der Aussage (stark) zustimmen, begründen ihre Antworten meist damit, dass ihrer Meinung nach die Unterschiede in den Gehältern zwischen Arm und Reich

verringert werden sollten bzw. dass der Staat dafür sorgen muss, dass alle Bürger einen ausreichenden Lebensstandard haben (TP 01, 02, 04, 07, 08, 09):

- *"Zum Beispiel, dass der Mindestlohn steigt. Dass jeder Haushalt mit oder ohne Kinder in jedem Beruf überleben kann. Dass es nicht so weit kommt wie in Amerika, dass man vier bis fünf Jobs täglich macht, um über die Runden zu kommen."* (TP 01)

- *"Ich finde wichtig, dass Leute mit geringem Einkommen Unterstützung vom Staat bekommen. Mir geht es persönlich sehr gut. Meiner Familie geht es auch sehr gut. Wir brauchen zum Glück keine Unterstützung vom Staat. Ich find es wichtig, dass es allen Leuten in Deutschland, uns geht es allen so gut, dass man es hinbekommen müsste, dass es allen relativ gut geht. Und ich finde auch, man bräuchte mehr Unterstützung, die auch Familien unterstützen. Weil wenn ich jetzt z.B. sehe, dass Leute, die Hartz IV bekommen und zwei Kinder haben, genau so viel Geld bekommen, wie Leute, die arbeiten gehen und zwei Kinder haben. [...] Es kann nicht sein, dass Leute, die arbeiten weniger Geld rausbekommen, als Leute, die nicht arbeiten."* (TP 02)

- *"Da ist mir die soziale Ungerechtigkeit eingefallen. Dass es immer größer wird, die Spalte zwischen Arm und Reich. Auch was Gehälter und Einkommen angeht."* (TP 04)

- *"Dem stimme ich stark zu, da die Kluft zwischen den Armen und Reichen größer wird, statt kleiner und deswegen sollte man dagegen was tun."* (TP 07)

- *"An Mindestlohn zum Beispiel, dass der Staat den Unternehmen in gewisser Weise einen Riegel davor schieben soll, dass wenn die Leute arbeiten, dass sie auch genügend Geld kriegen, um von dem Job zu leben."* (TP 08)

- *"Zum Beispiel die Rente, die Leute sind so unzufrieden."* (TP 11)

Eine Testperson geht dagegen auf Geschlechterunterschiede in den Gehältern ein: "*Ich meine schon, dass da Punkto Frauen und Männern, dass er da ein bisschen korrigieren kann. Das ist ein Sektor, wo durchaus der Staat eingreifen soll, wenn es Missverhältnisse gibt. Aber im Endeffekt haben wir ja das alles. Wo jetzt die größte Lücke [ist], das sehe ich zwischen Frauen und Männern.*" (TP 05).

Testpersonen, welche die Aussage (stark) ablehnen, begründen ihre Antwort entweder damit, dass sie eine Einmischung des Staates nicht befürworten oder damit, dass dies auch in der eigenen Verantwortung/der Verantwortung der Bürger liegt:

- *"Das Eingreifen des Staates ist prinzipiell eine ganz schlechte Sache. Der Staat greift nur dann ein, so haben es sich zumindest die Erfinder der sozialen Marktwirtschaft gedacht, wenn es zu Ausrutschern kommt. Wenn Marktversagen vorliegt. Und Einkommensunterschiede, da braucht der Staat nicht einzugreifen."* (TP 03)

- *"Weil ich denke, in Bezug auf den Mindestlohn, das ist ziemlich in die Hose gegangen. Im Endeffekt zahlen Firmen jetzt Mindestlohn und der Staat muss trotzdem draufzahlen. Eben durch Hartz IV. Und ich denke mal, das ist nicht Sinn der Sache, wenn die Gewerkschaften anständige Tarifverträge durchsetzen würden und dementsprechend wieder mehr Leute in der Gewerkschaft wären, dann glaube ich, wäre das viel einfacher. Und dass nämlich dann jeder von seinem Gehalt auch wirklich leben könnte."* (TP 09)

- *"Also ich finde das allerhand, das liegt doch in jedem eigenen Ermessen, ich hocke mich doch nicht auf die Couch, dass der Staat mich ernährt. [...] Der Staat ist doch nicht für alles da, ich muss doch auch für mich gerade stehen und Verantwortung tragen."* (TP 12)

Auf die Nachfrage, was geeignete Maßnahmen wären, um Einkommensunterschiede zu verringern, werden zum einen "*Regulierungen durch Steuern (oder Gehälter)*" (5 TPs) genannt, wie eine "*Reichensteuer*" (TP 08, 11), "*Steuererleichterungen für Geringverdiener*" (TP 02) oder die "*Deckelung von Managergehältern*" (TP 04) bzw. den "*Mindestlohn hoch*" (TP 01). Zum anderen wird "*der Zugang zum Arbeitsmarkt*" als geeignete Maßnahme betrachtet (4 TPs). Dies soll durch eine bessere (Aus-)Bildung (TP 03, 12), aber auch durch eigene Fortbildung realisiert werden (TP 12). Testperson 04 zählt dazu auch, dass man Arbeitsplätze in Deutschland behalten und nicht ins Ausland verlagern soll und TP 05, die vor allem an Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern gedacht hat, hält die Bereitstellung von mehr Betreuungsplätzen für eine geeignete Maßnahme, so dass Frauen weiterhin arbeiten können, auch wenn sie Kinder haben.

Testperson 09 sieht die Verantwortung an dieser Stelle weniger beim Staat, sondern bei den Gewerkschaften, die durch den Abschluss von "*anständigen Tarifverträgen*" dafür sorgen könnten, dass die Menschen "*von ihrem Gehalt auch wirklich leben können*".

Testperson 07, die der Aussage in Frage 2 "stark zustimmt", gibt an, keine Maßnahme zu wissen, die der Staat ergreifen könnte, um Einkommensunterschiede zu verringern.

Abschließend wurden die Testpersonen gefragt, ob Sie bei dieser Frage eher an arme oder an reiche Menschen gedacht haben. Insgesamt fünf Testpersonen haben vor allem an "arme" Menschen gedacht (TP 01, 02, 08, 11, 12), eine Testperson gibt an, an "reiche" Menschen gedacht zu haben (TP 04) und eine an "beide" gleichermaßen (TP 07). Die übrigen drei Testpersonen geben an, weder an "arme" noch an "reiche" Menschen gedacht zu haben, sondern an "*die Mittelschicht*" (TP 09), "*Frauen*" (TP 05) oder an "*Menschen, die bereit sind, Leistung zu erbringen. Ich hab an die Menschen gedacht, die bereit sind zu arbeiten, [...] und das soll belohnt und entlohnt werden*" (TP 03).

Empfehlungen:

Da der Pretest lediglich explorativen Charakter hatte, wurden keine Empfehlungen gegeben.